

IHK Schleswig-Holstein | 24100 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Wirtschaftsausschuss
Vorsitzender
Thomas Wagner
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schle
29.1
Expl.:
LPTI

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/3391**

**Federführung Verkehr und
Logistik**

Ihr Ansprechpartner:
Rüdiger Schacht
Telefon:
0451 6006-183
Telefax:
0451 6006-4183
E-Mail:
schacht@ihk-luebeck.de

25. September 2014

Ihr Schreiben vom 17.07.2014 // Ihr Zeichen: L 214
**Realisierung der westlichen Elbquerung der A 20 durch eine staatliche
Infrastrukturgesellschaft
Drucksache 18/1809
hier: Stellungnahme der IHK Schleswig-Holstein**

Sehr geehrter Herr Wagner,

die IHK Schleswig-Holstein bedankt sich für die Möglichkeit, zum o.g. Thema gegenüber dem Wirtschaftsausschuss des schleswig-holsteinischen Landtages Stellung nehmen zu können. Die eingeräumte Fristverlängerung hat uns sehr geholfen.

Bewertung

Der Weiterbau der Küstenroute A 20 mit fester Unterelbequerung ist das wichtigste Verkehrsprojekt Schleswig-Holsteins, das schnellstmöglich umgesetzt werden muss. Dies gilt insbesondere für die feste Unterelbequerung als bedeutsamsten Teilabschnitt der A 20, das die größten Wachstumseffekte für die Wirtschaft bietet.

Zwar steht grundsätzlich der Bund in der Pflicht, seine Verkehrswege zu finanzieren. Angesichts des im Bundeshaushalt vorgesehenen, unzureichenden Volumens für Aus- und Neubaumaßnahmen bei den Bundesfernstraßen erscheint ein Weiterbau der A 20 einschließlich der Elbquerung allein aus Haushaltsmitteln allerdings wenig realistisch.

Vorrangig ist für die Wirtschaft eine schnelle Realisierung der festen Unterelbequerung bei einer gleichzeitig attraktiven Gestaltung der Mautgebühren. Um die Querung im Zuge der A 20 als vordringliches Projekt beschleunigt umzusetzen, müssen deshalb alternative Finanzierungsmodelle in Betracht gezogen werden. Eine staatliche Infrastrukturgesellschaft als besondere Ausprägung eines F-Modells kann aufgrund der staatlichen Absicherung insgesamt kostengünstiger sein als F-Modelle in Trägerschaft der Privatwirtschaft. Daher begrüßen wir, dass diese Option geprüft wird.

Begründung

Der Weiterbau der Küstenroute A 20 mit fester Unterelbequerung ist das wichtigste Verkehrsprojekt Schleswig-Holsteins. Mit der durchgängigen A 20 und der festen Unterelbequerung erhält Schleswig-Holstein eine direkte Anbindung an die wirtschaftlichen Kernregionen Westdeutschlands und Westeuropas. Zudem verbindet die A 20 die Hafenstandorte an Ost- und Nordsee. Als Elbequerung nimmt sie auch Nord-Süd-Verkehre auf und trägt damit zur verkehrlichen Anbindung Skandinaviens an Kontinentaleuropa bei. So entlastet sie das Nadelöhr Elbtunnel in Hamburg. Damit erhöht die Küstenroute nicht nur die Schnelligkeit, sondern auch die Verlässlichkeit und Termintreue von Transporten und Personenverkehren. Zudem verbessert sie nicht nur die Hafenhinterlandanbindung der deutschen Seehäfen, sondern auch die touristische Attraktivität Schleswig-Holsteins. Wegen ihrer verkehrlichen Bedeutung ist die A 20 in der „Ahrensburger Liste“ enthalten, die die vordringlich zu realisierenden Verkehrsinfrastrukturprojekte der fünf Küstenländer enthält.

Die feste Unterelbequerung ist unabdingbares Kernstück der A 20. Mit ihr schafft die Küstenroute nicht nur die überregionale Anbindung, sondern auch die verkehrliche Verbindung der Unterelberegion beidseits der Elbe. Damit kann die Region ihre Standortqualität und wirtschaftlichen Potenziale als gemeinsamer Wirtschaftsraum an der Küste mit Ausstrahlkraft auf ganz Schleswig-Holstein entfalten.

Grundsätzlich steht zwar der Bund in der Pflicht, seine Verkehrswege zu finanzieren. Er wird dieser Aufgabe jedoch seit Jahren nicht hinreichend gerecht. Dies zeigen die Untersuchungen zum Verfall des Bestandsnetzes im Auftrag der Daehre- und der Bodewig-Kommission sowie die umfangreichen, bis heute nicht abgearbeiteten Projektlisten des Vordringlichen Bedarfs des Bundesverkehrswegeplans 2003. Mittel hierfür bringt der Verkehr mehr als genug auf. Eine spürbare Anhebung der Investitionsmittel ist gemäß Finanzplanung 2018 nicht vorgesehen. Die zur Verfügung gestellten Mittel sollen dem politischen Konsens zufolge künftig zudem verstärkt für die Sanierung des maroden Bestandsnetzes und weniger für Neubau verwendet werden.

Angesichts der geringen Investitionsmittel für Verkehrsinfrastruktur und der Notwendigkeit, auch künftig volkswirtschaftlich sinnvolle Aus- und Neubaumaßnahmen umzusetzen, ist eine grundsätzliche Debatte über die Erhöhung und Verstetigung der Mittel für die Verkehrsinfrastruktur dringend notwendig. Um den Bau der festen Unterelbequerung im Rahmen der A 20 als vordringliches Projekt für Schleswig-Holstein zu beschleunigen, ist die Prüfung alternativer Finanzierungsmodelle daher zu begrüßen.

Mit freundlichen Grüßen



Rüdiger Schacht